

Der gefährliche Geist der ‚Bevölkerung‘ in der Klimadebatte

Schultz, Susanne

2020

<https://doi.org/10.25595/3715>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schultz, Susanne: *Der gefährliche Geist der ‚Bevölkerung‘ in der Klimadebatte*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 29 (2020) Nr. 2, 23–36. DOI: <https://doi.org/10.25595/3715>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i2.03>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

- Schmidt**, Daniel, 2005: Statistik und Staatlichkeit. Wiesbaden.
- Schultz**, Susanne, 2006: Hegemonie – Gouvernementalität – Biomacht: Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik. Münster.
- Schutzbach**, Franziska, 2020: Politiken der Generativität: Reproduktive Gesundheit, Bevölkerung und Geschlecht. Das Beispiel der Weltgesundheitsorganisation. Bielefeld.
- Simon**, Veronika, 2020: Italienische Studie: Kein Baby-Boom durch Corona. SWR-Wissen, 08.05.2020. Internet: <https://www.swr.de/wissen/kein-corona-babyboom-100.html> (21.8.2020).
- Steinert**, Janina/**Ebert**, Cara, 2020: Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse. München. Internet: https://drive.google.com/file/d/19Wqpy9nwMNjdgO4_FCqqlfYyLJmBn7y/view (21.8.2020).
- The World Bank**, 2020a: Gender Data Portal. Internet: <http://datatopics.worldbank.org/gender/> (15.9.2020).
- The World Bank**, 2020b: World Development Indicators. Internet: <http://datatopics.worldbank.org/world-development-indicators/> (15.9.2020).
- UNFPA** (United Nations Population Fund), 2020a: Impact of the COVID-19 Pandemic on Family Planning and Ending Gender-based Violence, Female Genital Mutilation and Child Marriage. New York. Internet: https://www.unfpa.org/sites/default/files/resource-pdf/COVID-19_impact_brief_for_UNFPA_24_April_2020_1.pdf (21.8.2020).
- UNFPA**, 2020b: Accelerating the Promise. The Report on the Nairobi Summit on ICPD25. New York. Internet: <https://www.naibisummiticpd.org/sites/default/files/Corrected%20Final%20copy%202nd%20June%202020%20UNFPA-NairobiSummitReport.pdf> (21.8.2020).
- Wichterich**, Christa, 2015: Sexuelle und reproduktive Rechte. Ein Essay. Berlin. Internet: <https://www.boell.de/sites/default/files/sexuelle-und-reproduktive-rechte.pdf> (21.8.2020).
- Wichterich**, Christa, 2020: Die neue feministische Welle: Brücken bauen, Kämpfe verbinden. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 65 (3), 67-72.
- World Health Organization**, 2020: Sexual and reproductive health. Internet: https://www.who.int/reproductivehealth/topics/family_planning/unmet_need_fp/en/ (15.09.2020).
- World Vision International**, 2020: COVID 19 Aftershocks: Access Denied. Middlesex, UK. Internet: https://www.wvi.org/sites/default/files/2020-08/Covid19%20Aftershocks_Access%20Denied_small.pdf (21.8.2020).

Der gefährliche Geist der ‚Bevölkerung‘ in der Klimadebatte

SUSANNE SCHULTZ

In der aktuellen Klimadebatte können wir derzeit das Revival eines neomalthusianischen Reflexes beobachten:¹ Der Klimawandel wird über statistische Berechnungen in Zusammenhang mit einer wachsenden Weltbevölkerung gebracht und antinatalistische Strategien, also Geburtenkontrolle, als entscheidender Ansatzpunkt nahegelegt. Sehr unterschiedliche politische Akteur*innen lassen sich auf

diese Rationalität derzeit ein – eine gefährliche Entwicklung: Untote Geister eines Denkens in Kategorien der ‚Bevölkerung‘, der zu kontrollierenden Geburtenraten und der technokratischen Planungsphantasien werden wieder neu belebt, die untrennbar mit ihrer kolonialrassistischen und sozialdarwinistischen Geschichte verwickelt sind.

Im Folgenden zeige ich zunächst, in welchen Kontexten diese Argumentationsmuster derzeit ganz konkret wiederbelebt werden – vom ökologischen Mainstream bis zu rechter Biopolitik einerseits und klimabewegte sowie feministisch motivierten Gebärstreik-Aufrufen andererseits. Danach hinterfrage ich, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede in diesen Anknüpfungen an das ‚Bevölkerungsproblem‘ als klimarelevant entscheidend sind, und unterscheide drei Dimensionen des Denkens in der Kategorie der ‚Bevölkerung‘: die abstrakte statistische Konstruktion eines Zuviels an menschlicher Bevölkerung; die historisch tief verwurzelten rassistischen und sozialdarwinistischen Zuschreibungen dieses Zuviels an die ‚Anderen‘; die totalitären Planungsvisionen einer global zu managenden ‚Fertilität‘. Im Schlussteil diskutiere ich, wie aus einer Perspektive reproduktiver Gerechtigkeit der Verknüpfung Bevölkerung-Klimawandel radikal entgegengetreten werden kann.

Hintergrund dieser Analyse sind Forschungen zur internationalen Geschichte antinatalistischer Bevölkerungsprogramme (Schultz 2006; Bendix/Schultz 2018) sowie zur Demografisierung des Politischen in Deutschland im Rahmen einer selektiv-pronatalistischen Familien- und einer utilitaristischen Migrationspolitik (z.B. Schultz 2015, 2019b). Kurz gefasst ist mit Demografisierung die Re-/Interpretation gesellschaftlicher Krisen als demografische und das Ansetzen von Problemlösungen an demografischen Variablen, also an ‚Bevölkerung‘, gemeint. Aus dieser Forschung nehme ich für den folgenden Beitrag eine von Foucaults Konzept der Biopolitik geprägte staatskritische Perspektive auf das Verhältnis von Wissensproduktion und Machtverhältnissen mit und spreche deswegen von Rationalitäten (Foucault 2000). Das Konzept der Demografisierung baut darauf auf und ermöglicht es so, demografische Problematisierungen und bevölkerungspolitische Strategien im Zusammenhang zu untersuchen (Schultz 2015; Murphy 2017; McCann 2017; Hummel 2000). Des Weiteren greife ich für eine radikale Kritik biopolitischer Machtverhältnisse auf antirassistische und antieugenische feministische Analysen zurück, wie sie etwa in dem Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit des Black Feminism zusammenfließen (Ross 2017): Dieses intersektionale Konzept fragt danach, wessen ‚Fortpflanzung‘ im Rahmen nationalökonomischer, sicherheitspolitischer oder in dem hier diskutierten Fall ökologischer Rationalitäten als wertvoll gilt und wessen als zu vernachlässigen oder gar als schädlich und zu verhindern. Und es trägt das schmerzhaft Wissen in sich, welche gewaltförmigen und diskriminierenden Praktiken mit diesen bio- bzw. nekropolitischen Programmatiken einhergingen und -gehen (Schultz 2006; Wilson 2017; Murphy 2017).

Neomalthusianisches Revival und Klimawandel – von rechts bis klimaaktivistisch-feministisch

Wenig erstaunlich ist, dass sich in der aktuellen Debatte um den Klimawandel die etablierte transnationale neomalthusianische Wissenselite wieder einmal zu Wort meldet, die seit Jahrzehnten die Thesen vom Zusammenhang von Umweltzerstörung und Bevölkerungsentwicklung vertritt – und dies nun in Bezug auf den Klimawandel neu aufgießt. „The population bomb is back, with a global warming twist“ (Hartmann/Barajas-Román 2009, 70), warnten bereits im Vorfeld der Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 feministische Forscherinnen. Tatsächlich hatte sich Paul Ehrlich, der Autor der „Bevölkerungsbombe“ und damit eines der kolonialrassistischen Ursprungswerke der internationalen Bevölkerungspolitik aus den 1960er Jahren wieder einmal zu Wort gemeldet (Ehrlich/Ehrlich 2009). Hartmann und Barajas-Román (2009, 72) verwiesen auf vor Kopenhagen kursierende, für das bevölkerungspolitische Denken typische Studien, die entweder berechneten, wieviel CO₂-Ausstoß eine Frau bei der Geburt eines Kindes zu verantworten habe, wenn dies auf ihre Kinder und Enkel hochgerechnet würde, oder Familienplanung als kosteneffizienteste Investition gegen Klimawandel darstellten, indem sie diese mit den Kosten alternativer Technologien rechnerisch verglichen.

Seitdem hat sich die These des Bevölkerungswachstums als zentraler ‚Faktor‘ des Klimawandels international verfestigt: So sendeten 2017 über 15.000 Wissenschaftler*innen eine „Warnung an die Menschheit“ aus, in der sie „das kontinuierliche schnelle Bevölkerungswachstum als Hauptfaktor für viele ökologische und gesellschaftliche Bedrohungen“ (Ripple et al. 2017, 1026) erklärten.² Auch der Weltklimarat analysierte 2014 gleichermaßen „das weltweite ökonomische und das Bevölkerungswachstum als Hauptfaktoren für CO₂-Emissionen“ (IPCC 2014, 5). Etwas verhaltener agiert demgegenüber der Weltbevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UN), der auf UN-Ebene für die bevölkerungspolitische Umsetzung zuständig ist. Dies mag als Zeichen zu werten sein, dass ein zu simples neomalthusianisches Narrativ zum Klimawandel trotz solcher Plattitüden zum Glück noch umkämpft ist: Der UN-Fonds verknüpft seine antinatalistische Programmatik im Globalen Süden zwar auch mit dem Klimawandel, aber anders und indirekter: Die – ebenfalls pauschale und problematische – These ist hier, dass Zugang zu Familienplanung und damit geringere Geburtenraten die „Resilienz“ derjenigen sozialen Gruppen stärkten, die besonders vom Klimawandel betroffen seien (UNFPA 2016).

Wieder aufgerufene Wissensarchive

Auch im deutschsprachigen Raum sind neomalthusianische Narrative tief in den Wissensarchiven eines konservativen und technokratischen umweltpolitischen Mainstreams verankert und können einfach wieder aufgerufen werden. Zu verweisen sei auf die breit rezipierten „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome (Meadows et

al. 1972) mit seinen katastrophistischen Aussagen zum Weltbevölkerungswachstum oder auf den beliebten Tierschützer Bernhard Grzimek, der den Diskurs der Überbevölkerung medial verbreitete (Stöhr 2009). Unverändert taucht die Trope der Weltbevölkerung als unkontrolliert wachsende „Krebszellen“ nun etwa 2014 wieder in der von Bernward Gesang (2014, 13) verfassten Einleitung zu einer Publikation auf, an der sich auch die renommierten Ökologie-Institute Wuppertal Institut und Potsdam Institut für Klimafolgenforschung beteiligten. Und in der konservativen Presse forderte der Autor der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) Joachim Müller-Jung 2018 dazu auf, „ein Tabu zu brechen.“ Das „schnelle Bevölkerungswachstum“ sei „einer der großen Antriebe für den Klimawandel“ (Müller-Jung 2018). Er bezog sich auf eine Studie, die u.a. von einer grauen Eminenz des einflussreichen US-Think Tanks Population Council, John Bongaarts, im selben Jahr veröffentlicht wurde, mit wieder einmal neuen Berechnungen zur klimapolitischen Kosteneffizienz von Familienplanung (Bongaarts/O’Neill 2018).

Ein neomalthusianischer Durchmarsch durch die deutschen Mainstream-Medien ist allerdings derzeit nicht zu beobachten, das Terrain bleibt durchaus umkämpft, und es gibt immer wieder auch Gegenwind gegen zu platte Verknüpfungen. So verwies ein Bericht im Berliner Tagesspiegel zu „Klimawandel und Bevölkerungswachstum“ auf die extreme weltweite Ungleichheit mit der statistischen Aussage: „Ein US-Amerikaner verursacht so viel CO₂ wie 581 Burundier“ (Ehlerding 2019). Auch erinnerte 2019 der meist den neomalthusianischen Katastrophismus bedienende Spiegel daran, dass in UN-Prognosen gar nicht mehr von einem kontinuierlichen und schon gar nicht von einem exponentiellen zukünftigen Bevölkerungswachstum ausgegangen wird, sondern von einem Abflachen der globalen Bevölkerungskurve (Stöcker 2019).

Insgesamt richten solche Gegenstatistiken aber nicht viel aus: Zu tief verankert ist die neomalthusianische Selbstgewissheit im Alltagsverstand. Diese nährt sich auch davon, dass die Kategorie ‚Bevölkerung‘ ein Passepartout bereitstellt, innerhalb dessen mit der Menge der (zukünftigen) Menschen alle möglichen Krisenphänomene beliebig in einen statistischen Zusammenhang gebracht werden können (Schultz 2006; Bhatia et al. 2020). Als Bevölkerungsproblem erscheinen so mal national-ökonomische Wachstumskrisen – derzeit in der Entwicklungspolitik unter dem Stichwort „demografische Dividende“ das Lieblingsthema (Bendix/Schultz 2018, 265ff.; Hendrixson/Hartmann 2019, 254f.) –, mal Arbeitslosigkeit, mal mangelnde Gesundheitsversorgung, mal instabile politische Verhältnisse oder weltweite Migration – eine endlose Assoziationskette, in die sich das Gerede von Bevölkerung als Klimafaktor einfach einreihen kann.

Derzeit konzentriert sich der neomalthusianische Blick vor allem auf den afrikanischen Kontinent. In traditioneller kolonialrassistischer Manier gibt es in Deutschland aktuell eine breite mediale und politische Offensive, die das alte neomalthusianische Narrativ pauschal auf die Projektionsfläche Afrika anwendet: Dies reicht von den rassistischen Imaginationen der entwicklungspolitischen Sprecherin der Linken

(Schultz 2019a) über ein auch für Linksliberale anschlussfähiges Pamphlet zum afrikanischen Bevölkerungswachstum (Smith 2018; vgl. FFM 2019) und die Expertisen des Berlin Instituts für Bevölkerung und Entwicklung (2019) bis zu den rassistischen Sprüchen von Schalkes Aufsichtsrat Tönnies (vgl. Zeit online 2019).

Rechte Andockstelle an Klimapolitik

Für die erstarkende extreme Rechte in Deutschland stehen derzeit noch die klassischen Referenzthemen Migration und Sicherheit im Zentrum der biopolitischen Beschwörungen, sei es, dass im nach rechts abdriftenden Magazin Cicero 2016 „Weniger Geburten für weniger Radikalisierung“ als „nachhaltigste Lösung“ (Marguier 2016, 1) gegen Terroranschläge dargestellt werden oder im Parteiprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) (2016, 59) „eine Völkerwanderung historischen Ausmaßes“ mit einer „Bevölkerungsexplosion“ insbesondere in Afrika erklärt wird. Doch es gibt einige Anzeichen dafür, dass die Rechte gerade wegen der neomalthusianischen Verlockungen das Klimaleugnen aufgeben könnte. Schließlich ist der Bevölkerungsdiskurs ihr zentraler narrativer Anker, der mit Tropen wie ‚Umvolkung‘, ‚Volkstod‘ oder ‚Bevölkerungsaustausch‘ (vgl. Botsch/Kopke 2018) völkisches Denken, Antifeminismus und Rassismus miteinander verbindet. Das Stichwort gab jüngst Journalist Alan Posener in der Zeitung Die Welt (2019): Er behauptete, der „menschengemachte Klimawandel“ sei „von der Überbevölkerung vor allem in Afrika vorangetrieben“ und fragte: „Warum lässt die AfD dieses Thema liegen?“ Schließlich sei es doch „kompatibel mit ihrer Fremdenfeindlichkeit“ (Posener 2019). Ein Anzeichen eines solchen Kurswechsels ist die Aufforderung der Berliner AfD-Jugend, das Klimaleugnen aufzugeben und stattdessen eine weltweite Ein-Kind-Politik in Schwellenländern zu fordern (Fiedler/Kieser 2019). Für ökofaschistische Tendenzen ist das neomalthusianische Narrativ des Klimawandels also höchst anschlussfähig und angesichts militaristischer, rassistischer und anti-immigratorischer Schlussfolgerungen auch höchst gefährlich (Ojeda/Sasser/Lunstrum 2019). Naomi Klein warnte in einem Interview jüngst treffend dazu: „Das einzige, was noch besorgniserregender ist als eine extrem rechte, rassistische Bewegung, die den Klimawandel leugnet, ist eine, die dies nicht tut“ (DemocracyNow 2019).

Feministisch-klimaaktivistischer Gebärstreik

Es gibt derzeit aber auch in einem völlig anderen, feministischen und klimaaktivistischen Milieu Anknüpfungen an die neomalthusianische Erzählung. Hier steht nicht der Globale Süden im Fokus, sondern die Position wird vertreten, die Aktivist*innen selbst sollten im Globalen Norden auf das Kinderbekommen verzichten, um etwas gegen den Klimawandel zu tun. Verschiedenes vermischt sich hier:³ Zum einen die Unsicherheit, ob Kinder überhaupt in eine bedrohliche Zukunft hineingeboren werden sollten; zudem wird auch Position bezogen gegen einen für weiße deutsche Mittel-

schichtsangehörige durchaus allgegenwärtigen Pronatalismus. Aber es gibt auch eine Parallelisierung des Kinderbekommens mit einer Politik des individuellen Konsumverzichts: Klimaaktivist*innen fragen sich, ob es nicht verantwortungslos sei, Kinder als für den zukünftigen CO₂-Ausstoß verantwortliche Menschen in die Welt zu setzen. Befördert und artikuliert wird dieses Unbehagen von der britischen Sängerin Pepino mit ihrer vielbeachteten Kampagne „BirthStrike“ (Hunt 2019) oder in Deutschland von der feministischen Autorin Vera Brunschweiger (2019) mit ihrem Buch „Kinderfrei statt kinderlos“. BirthStrike und Brunschweiger berufen sich auf eine Studie von Seth Wynes und Kimberley Nicholas (2017), die einen hochgerechneten zukünftigen CO₂-Ausstoß von Kindern und Kindeskindern mit dem CO₂-Ausstoß etwa durch Flugreisen vergleicht.⁴ Neomalthusianische Lobbyorganisationen wie etwa die britische Population Matters (2019) feiern diese Kampagne somit als Durchbruch für ihre Anliegen. Schließlich fördert auch die feministische Starautorin Donna Haraway die Verknüpfung von Weltbevölkerung und Klimawandel. Auch sie stilisiert sich als Tabubrecherin und vermischt mit ihrem Aufruf „make kin not babies“ (Haraway 2015, 61) ihre emanzipatorischen antifamilialistischen Konzepte zu Wahlverwandtschaften mit der Aufforderung zu einer feministischen Politik, die darauf abzielen sollte, die weltweiten Bevölkerungszahlen drastisch zu reduzieren – am besten von derzeit 7 auf 2 bis 3 Milliarden (Haraway 2015, 162; 2018). Gleichzeitig grenzt sich Haraway sehr deutlich von den kolonialrassistischen Implikationen einer Geburtenkontrollpolitik im Globalen Süden ab, und auch sie bezieht den Aufruf, auf das Gebären zu verzichten, auf ein wie auch immer zu situierendes feministisches Wir.

Die Variable Bevölkerung – drei verwickelte und gefährliche Dimensionen

Inwiefern ähneln und unterscheiden sich diese Narrative? Sicherlich kann letzteren Positionen nicht vorgeworfen werden, kolonialrassistische und sozialdarwinistische Programmatiken zu verfolgen. Dennoch ist die Beförderung des Diskurses der ‚Bevölkerung‘ nicht unschuldig, sondern in vieler Hinsicht eingebettet in entsprechende Rationalitäten, die auch dann bestärkt werden, wenn der Link Weltbevölkerung-Klimawandel ohne eine explizit auf den Globalen Süden bezogene antinatalistische Programmatik bedient wird. Murphy (2017, 135) spricht zu Recht auf der Basis ihrer Forschung zu Nationalökonomie und Bevölkerungsstatistik davon, dass sich das Konzept der Bevölkerung nicht von Rassismus als dessen „Grammatik und Geist“ trennen lasse. Auch ich argumentiere im Folgenden, dass Strategien der Demografisierung, also des Übersetzens gesellschaftlicher Krisen und Konflikte in Fragen der ‚Bevölkerung‘, unvereinbar sind mit emanzipatorischen Projekten, die für gesellschaftliche Transformation und gegen globale Herrschaftsverhältnisse, kapitalistischen Raubbau und soziale Ungleichheit ausgerichtet sind (vgl. Schultz 2015; Bhatia et al. 2020). Entscheidend ist, dass drei Dimensionen der neomalthusianischen Problematisierung nicht unverknüpft nebeneinander stehen, sondern aufeinander verweisen: erstens abstrakte Zahlenspiele, innerhalb derer ‚Bevölkerung‘ überhaupt erst als isolierbare

quantitative Variable konstruiert und ins statistische Verhältnis zu Ressourcenverbrauch oder Klimawandel gesetzt wird – wie es alle genannten politischen Positionen tun; zweitens die Projektion eines aktuellen oder zukünftigen ‚Zuviels‘ an Bevölkerung auf die ‚Anderen‘ – wie es letztere Positionen mehr oder weniger klar zurückweisen; und drittens totalitäre Visionen von der Möglichkeit globaler oder nationaler Bevölkerungssteuerung – wie es eine solche Problematisierung prinzipiell nahelegt.

‚Bevölkerung‘ als statistische Apologie des Status quo

Prinzipiell kann von ‚Bevölkerung‘ nur als Krisenfaktor gesprochen werden, wenn wir uns auf eine statistische Wissensproduktion einlassen, die von gesellschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen ebenso wie von situiertem Wissen über sozialökologische Zusammenhänge abstrahiert. Denn ein wichtiger Effekt von Demografisierung ist es, dass nicht über komplexe und veränderbare Re-/Produktionsverhältnisse, Konsumtionsverhältnisse, Verteilungsverhältnisse oder gesellschaftliche Naturverhältnisse gesprochen wird, sondern über isolierbare statistische Variablen, die nach ihrer Isolation voneinander als Faktoren rechnerisch miteinander verknüpft werden können. ‚Bevölkerung‘ wird damit zu einer austauschbaren abstrakten Variable ebenso wie andere Faktoren, seien es Ressourcen, Arbeitsplätze oder eben CO₂-Ausstoß, an der biopolitisch angesetzt werden kann, um rechnerisch andere Faktoren in einer Gleichung beeinflussen zu können. Grundbedingung für demografische Krisenerzählungen ist es deswegen zudem, dass der Faktor ‚Bevölkerung‘ nur berechnet werden kann, wenn die anderen Faktoren und damit die gesellschaftlichen Verhältnisse als stabil bzw. projiziert in die Zukunft als unveränderbar gesetzt werden – wenn also zum Beispiel ein bestimmter zukünftiger CO₂-Ausstoß pro Kopf in die Rechnung einfließt. Indem so Krisenphänomene statistisch mit der Zahl der Menschen korreliert werden, ihnen sozusagen statistisch an den Leib geheftet werden, entsteht eine auch als Apologie des Status quo zu bezeichnende tautologische Rationalität (Harvey 2001). Diese wurde etwa in dem alten anti-neomalthusianischen Slogan kritisch auf den Punkt gebracht, dass Bevölkerungskontrollpolitik den Kampf gegen die Armut mit dem Kampf gegen die Armen gleichsetze. Unter diesen Voraussetzungen wird deutlich, dass eine Demografisierung gesellschaftlicher Krisenerzählungen explizit rechten und konservativen Vorstellungen dienlich ist, auch ohne direkt kolonialrassistische oder sozialdarwinistische Erzählungen zu bedienen.

Für die Klimawandel-Debatte sind mehrere gefährliche Implikationen dieser biopolitischen Übersetzung von gesellschaftlichen in demografische Fragen anzumerken: Zunächst einmal entspricht die Idee einer Weltbevölkerung als isolierbare Krisenvariable dem Sprechen über das Anthropozän (Ojeda/Sasser/Lunstrum 2019). Grundidee ist, dass die gesamte Menschheit undifferenziert als außerhalb der Natur zu verortender zerstörerischer Faktor gefasst wird. Zu verweisen ist hier auf die Kritik des Anthropozän-Konzepts mit Gegenkonzepten wie dem racial capitalocene oder

dem plantationocene, die sich nicht auf eine abstrakte Menschheit beziehen, sondern die Geschichte des Kolonialismus und des kapitalistischen Weltsystems ins Zentrum der Krisenerzählungen rücken (Ojeda/Sasser/Lunstrum 2019).⁵ Der Fokus auf die historische Gewordenheit der auf Gewalt und extremer Ungleichheit basierenden zerstörerischen Naturverhältnisse wirft grundlegend andere politische Fragen auf als der Fokus auf die zu reduzierende Menge von Menschen. Diese Konzepte verweisen sogar umgekehrt auf den historischen Zusammenhang der Geschichte ökologischer Zerstörung mit der Geschichte von Genozid, Vertreibung und Enteignung. Mit der Idee des Anthropozäns, Menschen an sich als zerstörerischen Faktor zu fassen, werden zudem Möglichkeiten und Utopien anderer, weniger zerstörerischer Naturverhältnisse und ökologischer Produktionsweisen ausgeblendet.

Weiterhin ist zentral für die statistische Rationalität, dass sie es für eine Politik gegen den Klimawandel als beliebig erscheinen lässt, ob an der Nicht/Existenz von Menschen angesetzt werden soll, oder an Konsummustern oder an Produktionsweisen: All dies ist rechnerisch austauschbar. Damit wird prinzipiell ein demokratisches Prinzip unterlaufen, nämlich nach Lösungen für alle zu suchen, die nun einmal unhinterfragbar hier sind – ein Prinzip, das das brandgefährliche nekropolitische Ansetzen an der Nicht/Existenz von Menschen prinzipiell ausschließen müsste.

Schließlich ist die Kehrseite der Medaille des statistischen Effekts der Totalisierung, also des Rekurses auf eine abstrakte Menschheit, der Effekt der statistischen Individualisierung von Problembeschreibungen. Letzterer kommt auch in statistischen Berechnungen zu den Auswirkungen von Konsum zum Ausdruck – wenn etwa der individuelle ökologische Fußabdruck oder CO₂-Ausstoß berechnet wird (Wynes/Nicholas 2017). Auch solche Berechnungen wirken für sich allein entpolitisiert und enthistorisierend, wenn sie zum zentralen Ansatzpunkt werden – und nicht nur hinzugezogen werden in kritischen Analysen der imperialen Lebensweise und der kollektiven Suche nach alternativen solidarischen Lebensweisen im Hier und Jetzt. An dieser Stelle sei ein Disclaimer zu statistischer Wissensproduktion eingefügt: Selbstverständlich können wir in unseren Analysen nicht völlig auf statistische Daten verzichten. Es gilt aber, ihre Reichweite und ihre Produktionsbedingungen zu hinterfragen. Mein Anliegen hier ist zu zeigen, welche Rationalität entfesselt wird, wenn statistische Relationen zum entscheidenden politischen Ansatzpunkt werden.

Das neomalthusianische Einfallstor: Das Rechnen mit der zu verhindernden Existenz der ‚Anderen‘

Gegen die Kritik an einer entpolitizierenden Individualisierung könnte auch eingewandt werden, dass mit einer Unterscheidung des durchschnittlichen Ressourcenverbrauchs oder CO₂-Ausstoßes etwa entlang nationaler Unterschiede die enorme globale Ungleichheit der Klimazerstörung einfach vor Augen geführt werden kann – siehe das bereits zitierte Beispiel des unterschiedlichen Pro-Kopf-CO₂-Ausstoßes in den USA und Burundi.

Auch solche statistisch differenzierenden Blicke auf Ungleichheit stehen jedoch nicht im Gegensatz zu neomalthusianischen Rationalitäten, sondern waren darin immer schon eingebaut. Dies zeigt nicht nur die Ursprungsgeschichte⁶, sondern begleitet die entwicklungspolitische Argumentation der letzten Dekaden. Schließlich besteht der neomalthusianische Reflex gerade darin, die vom Ressourcenverbrauch ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen zur Repräsentation des errechneten Zuviels an Bevölkerung zu erklären und zur Zielscheibe zu machen. Über die Genealogie kolonialrassistischer und sozialdarwinistischer Narrative hinaus ist dies in der statistischen Logik des Bevölkerungsdenkens verankert und rechnerisch durchaus rational: Eine klassische Argumentationsweise in der internationalen Bevölkerungsprogrammatur ist etwa, dass im Globalen Norden effektiv am Konsumniveau angesetzt werden könne, um Ressourcenverbrauch oder Klimawandel zu begrenzen, während im Globalen Süden rechnerisch vor allem die Zahl der Menschen der entscheidende Hebel sei, um quantitative Effekte zu erzielen. Noch potenziert wird dieser statistische Effekt, wenn nicht nur mit aktuellen Daten etwa des Pro-Kopf-ökologischen Fußabdrucks gerechnet wird, sondern wenn zukünftige Ansprüche der adressierten Bevölkerungen auf einen Einschluss in imperiale Lebensweisen spekulativ einbezogen werden. Die gewaltsame inhärente Logik des Bevölkerungsdiskurses wird hier einmal mehr deutlich: Sobald zukünftige zu verhindernde Geburten zum ökologischen oder ökonomischen Rechenfaktor werden und gefragt wird, wer (zukünftig) leben und wer nicht leben soll, ist es im Rahmen der demografischen Rationalität durchaus kohärent, marginalisierte Bevölkerungsgruppen in den Fokus zu rücken. Und auch wenn genau dieser Schluss definitiv nicht von den emanzipatorischen Ansätzen gezogen wird, die heute an den Bevölkerungsdiskurs andocken, ist es diese brutale statistische Rationalität, die den Bevölkerungsdiskurs in dessen sozialdarwinistischer und rassistischer Genealogie verankern – auch über die imaginären und narrativen Dimensionen hinaus, die sowieso die Geschichte der Bevölkerungskontrolle bestimmen: Das Sprechen über eine problematische Weltbevölkerungsentwicklung beschwört auch heute noch unmittelbar die Bilder von nichtweißen Menschenmengen im Globalen Süden hervor und von braunen oder schwarzen weiblichen Körpern, die als nicht selbstbestimmt, nicht verantwortlich und sich exzessiv vermehrend gedacht werden – und nicht die Bilder von weißen männlichen Topmanagern oder Eliteangehörigen, deren Sterilisation als sinnvolle „Lösung“ evoziert werden könnte (selbstverständlich eine ebenso absurde Imagination) (Wilson 2017; Hendrixson/Hartmann 2019). Diese untrennbar sowohl kolonialrassistischen als auch sexistischen Imaginationen des Othering sind in den globalen Vorstellungen von Entwicklungshilfe und Familienplanung historisch tief verwurzelt. Und sie werden auch weiterhin von den entsprechenden Think Tanks unverblümt in Umlauf gebracht, etwa wenn heute von einem „Jugendüberhang“ (Angenendt/Popp 2013) gesprochen wird. Ganze Generationen junger Menschen bzw. insbesondere junger Männer im Globalen Süden werden hier zur Gefahr für Frieden und politische Stabilität erklärt und das klassisch rassistische Stigma der Kriminali-

sierung auf die ‚anderen‘ Männer projiziert (Wilson 2017). Ebenso werden Frauen hier weiterhin als nicht selbstbestimmt und zu ihrem eigenen Besten technokratisch zu bevormundend präsentiert. Diese Bilder begleiten auch die aktuelle Kooperation zwischen Entwicklungspolitik, der Gates Foundation und Pharmaindustrie, innerhalb derer langfristig wirksame Hormonimplantate insbesondere in ländlichen Regionen vieler afrikanischer Länder massiv verbreitet werden (Bendix/Schultz 2018; Wilson 2017). Vergessen ist, dass eine ganze Generation von Frauenbewegungen in den 1990er-Jahren gegen diese Implantate sowohl wegen ihrer Nebenwirkungen als auch der technologieinhärenten Entmächtigung der Nutzerinnen – vorübergehend erfolgreich – protestiert hatte.

‚Fertilität‘ und ‚reproduktives Verhalten‘: Machbarkeitsvisionen

Die aktuelle Offensive der Langzeit-Verhütung macht deutlich, dass der Rekurs auf die ‚Bevölkerung‘ auch aus einem dritten Grund nicht unschuldig ist: Dieses Konzept ist mit Maßnahmen verbunden, die von der Machbarkeit einer projizierten ‚besseren‘ Entwicklung von Bevölkerungszahlen weltweit ausgehen. Eine Programmatik, die an ‚Bevölkerung‘ ansetzt, legt Lösungen nahe, die voraussetzen, dass diese Variable überhaupt sozialtechnologisch beeinflussbar ist. Ein weiterer Effekt der Demografisierung des Klimawandeldiskurses wird hier deutlich: Das Kinderbekommen muss sozialtechnologisch isolierbar sein – und kann dann nicht als Dimension komplexer und situierter Sorge- und Reproduktionsverhältnisse und damit als zentrale Dimension des Gesellschaftlichen gefasst werden. Dementsprechend stehen nicht vielfältige heterogene Weisen des Zusammenlebens weltweit im Zentrum der Aufmerksamkeit. Vielmehr wird ein gleichermaßen individualisierender wie quantifizierender Blick auf ‚Fertilität‘, ‚Geburtenraten‘ oder auch in der Sprache der Entwicklungspolitik auf ‚Contraceptive Prevalance Rates‘ oder ‚Couple Protection Years‘ zum Ansatzpunkt (Peters/Pilon 2020). Zentrale Aspekte der demografischen Wissensproduktion sind so technologische und logistische Fragen rund um Verhütungs- oder Sterilisationsprogramme sowie andererseits behaviouristische Ansätze zur Erklärung und Quantifizierung eines individuellen „reproduktiven Verhaltens“ (Heitzmann 2017, 62f.). Beides setzt zudem entsprechend sexistischer Zuschreibungen generell an den als reproduktiv gedachten Körpern und Verhalten von Frauen, nicht von Männern, an. Das Sprechen über ‚Bevölkerung‘ ist insofern damit verbunden, das Kinderbekommen als individuelles Verhalten von Frauen (oder allenfalls von ‚Paaren‘) zu fassen und nach Faktoren für dieses ‚Verhalten‘ zu suchen, um es für seine sozialtechnologische Beeinflussbarkeit zu öffnen. Die enorme Flut an Daten, die die globale Bevölkerungsexpertise in den Jahrzehnten seit dem 2. Weltkrieg vor allem im Globalen Süden produziert hat, bedient genau diese Vision, auch wenn sich die Faktoren des Kinderbekommens, für die sich jeweils interessiert wurde, immer wieder änderten (Schultz 2006; Murphy 2017). Das Sprechen über ‚Bevölkerung‘ lädt insofern zum sozialtechnokratischen Experimentieren ein, statt

die Frage nach vielfältigen Care Revolutions und nach global heterogenen Verhältnissen der Sorgearbeit und des Kinderbekommens zu stellen – als nicht trennbar von Grundfragen von Ökonomie und Politik. Und dieses Experimentieren hatte und hat vielfach entmündigende bis brutale Folgen insbesondere für diejenigen, die schon immer im Fokus repressiver Programme der Sterilisation, der Langzeitverhütung und der Abwertung ihrer Lebensweisen in Bezug auf das Kinderbekommen standen, und als sich ‚unverantwortlich‘ vermehrend stigmatisiert wurden und werden (Schultz 2006).

Reproduktive Gerechtigkeit in der Klimapolitik

Aus all diesen Gründen ist das ‚Weltbevölkerungsproblem‘ unentwirrbar in eine entpolitisierte statistische Wissensproduktion, in sozialdarwinistische und kolonialrassistische Narrative und in biopolitische Machbarkeitsvisionen eingebettet. Die Konstruktion und das Ansetzen an der Variable ‚Bevölkerung‘ ist eben nicht von ihrem nekolonialistischen Schatten zu trennen. Eine emanzipatorische klimapolitische Programmatik sollte diese Verankerung des Bevölkerungsdiskurses deswegen radikal kritisieren, statt an eine neomalthusianische Programmatik anzudocken und sie – so oder so – zu bestärken.

Anknüpfungspunkte für eine radikale Kritik gibt es viele: Zum einen lohnt es sich, an eine lange Geschichte feministischer, antirassistischer und antieugenischer Kämpfe anzuknüpfen. Erinnert sei etwa an den Slogan „People are not Population!“ einer transnationalen feministischen Konferenz 1993 in Bangladesch, die im Vorfeld der UN-Bevölkerungskonferenz von Kairo die Kritik explizit an ‚Bevölkerung‘ ansetzte und nicht erst an konkreten Menschenrechtsverletzungen. Weitergehend sei an die vielfältigen globalen Kämpfe erinnert, die angesichts der Erfahrungen mit antinatalistischen und eugenischen Programmen das Recht, sich für Kinder zu entscheiden, in ihr Verständnis reproduktiver Rechte einschrieben (Schultz 2006, 117ff.; Ross 2017). Alle diese Bewegungen reflektierten das Kinderbekommen als intersektionale Frage schon lange vor der akademischen Etablierung dieses Anspruchs. In den letzten Jahren läßt insbesondere das zunehmend breiter rezipierte Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit, wie es Black Feminists in den USA seit 1994 ausformuliert haben, zu dieser Reflektion und einem entsprechenden Aktivismus ein (Ross 2017). Es stellt einen Rahmen für feministische Kämpfe rund um Sexualität, Abtreibung, Schwangerschaft, Geburt und Elternschaft bereit – mit der gemeinsamen Klammer, diese Themen aus einer Perspektive als illegitim erklärter Elternschaft und aus einer Analyse sozialer Ungleichheit und Rassismus zu betrachten. Beispielhaft für ein anti-neomalthusianisches Anknüpfen an diese Perspektive sei der „Erneute Aufruf für einen feministischen Widerstand gegen Bevölkerungskontrolle“ (DifferenTakes 2019) von 2019 erwähnt.

Zum anderen bieten auch die Trends der Politisierung aktueller Klimabewegungen vielfältige Anknüpfungspunkte, um einer neomalthusianischen Vereinnahmung entgegen-

zutreten. Auch hier ermöglicht der Rekurs auf „Gerechtigkeit“ im Konzept der Klimagerechtigkeit, die technokratisch-statistischen Problemformulierungen zu hinterfragen und zu unterlaufen (Müller 2016). Und auch der zwar oft plakativ bleibende Aufruf „system change not climate change!“ ermöglicht, wenn er weitergedacht und -gelebt wird, sowieso nur eine Möglichkeit: das Rechnen mit zu verhindernden Geburten und Menschen definitiv zurückzuweisen und die Suche nach anderen solidarischen und sozialökologischen Modellen des globalen Zusammenlebens nicht aufzugeben.

Anmerkungen

- 1 Als Neomalthusianismus wird mit Rekurs auf Thomas R. Malthus (1766–1834) eine politisch-theoretische Perspektive bezeichnet, die behauptet, die Bevölkerung wachse prinzipiell schneller als die benötigten Ressourcen und dass deswegen – das besagt das „neo“ im Begriff – Geburtenkontrollmaßnahmen notwendig seien.
- 2 Alle Übersetzungen erfolgten durch die Autor*in.
- 3 Eindrücke sammelte die Autor*in 2019 bei Diskussionen mit Aktivist*innen u.a. auf Klimacamps, bei denen einige von ihnen, längst nicht alle, die Idee des Gebärstreiks befürworteten.
- 4 Zu den problematischen Rechenmanövern von Wynes und Nicholas vgl. Quarks (2019).
- 5 Auch Haraway (2015) trug zu diesen Konzepten entscheidend bei – umso unverständlicher ist ihr Engagement für den neomalthusianischen Tabubruch.
- 6 Thomas W. Malthus setzte sich dafür ein, die Armenhilfe in England abzuschaffen – als Mittel gegen die Vermehrung der Armen.

Literatur

AfD (Alternative für Deutschland), 2016: Programm für Deutschland. Internet: <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/#langversion> (5.7.2020).

Angenendt, Steffen/Popp, Silvia (Hg.), 2013: Jugendüberhang. Entwicklungspolitische Risiken, Chancen und Handlungsmöglichkeiten. Berlin.

Bendix, Daniel/Schultz, Susanne, 2018: The Political Economy of Family Planning. Population Dynamics and Contraceptive Markets. In: Development and Change. 49 (2), 259-285.

Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2019: Afrikas demografische Vorreiter. Berlin.

Bhatia, Rajani/Sasser, Jade S./Ojeda, Diana/Hendrixson, Anne/Nadimpally, Sarojini/Foley, Ellen, 2020: A Feminist Exploration of „Populationism“: Engaging Contemporary Forms of Population Control. In: Gender, Place & Culture. 27 (3), 333-350.

Bongaarts, John/O'Neill, Brian, 2018: Global Warming Policy. Is Population Left Out in the Cold? In: Science. 361 (6403), 650-652.

Botsch, Gideon/Kopke, Christoph, 2018: Der „Volkstod“. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hg.): Antifeminismus in Bewegung. Hamburg, 63-90.

Brunschweiler, Vera, 2019: Kinderfrei statt kinderlos. Ein Manifest. Marburg.

DemocracyNow, 2019: Interview mit Naomi Klein 17.9.2019. Internet: www.democracynow.org/2019/9/17/naomi_klein_eco_fascism (19.4.2020).

DifferenTakes, 2019: A Renewed Call for Feminist Resistance to Population Control, Nr. 94. Internet: sites.hampshire.edu/popdev/files/2019/11/DT-94.pdf (15.6.2020).

Ehlerding, Susanne, 2019: Klimawandel und Bevölkerungswachstum. In: Tagesspiegel, 7.8.2019. Internet: www.tagesspiegel.de/wirtschaft/klimawandel-und-bevoelkerungswachstum-warum-toennies-und-kubicki-unrecht-haben/24877122.html (13.3.2020).

- Ehrlich, Paul/Ehrlich, Anne**, 2009: The Population Bomb Revisited. In: The Electronic Journal of Sustainable Development. 1 (3), 63-71.
- FFM** (Forschungsstelle Flucht und Migration), 2019: Anmerkungen zu Stephen Smith. Nach Europa! Internet: ffm-online.org/anmerkungen-zu-stephen-smith-nach-europa-das-junge-afrika-auf-dem-weg-zum-alten-kontinent/ (19.4.2020).
- Fiedler, Maria/Kieser, Robert** 2019: AfD-Jugend entdeckt das Klima. In: Tagesspiegel, 28.5.2018. Internet: www.tagesspiegel.de/berlin/nach-der-europawahl-afd-jugend-entdeckt-das-klima/24392390.html (9.5.2020).
- Foucault, Michel**, 2000: Die Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich/Krassmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt/M., 41-67.
- Gesang, Bernward**, 2014: Einleitung. In: Gesang, Bernward (Hg.): *Kann Demokratie Nachhaltigkeit?* Wiesbaden, 13-15.
- Haraway, Donna**, 2015: Anthropocene, Capitalocene, Plantationocene, Chthulucene. *Making Kin*. In: *Environmental Humanities*. 6 (1), 159-165.
- Haraway, Donna**, 2018: *Making Kin in the Chthulucene. Reproducing Multispecies Justice*. In: Clarke, Adele/Haraway, Donna (Hg.): *Making Kin, Not Population*. Chicago, 67-100.
- Hartmann, Betsy/Barajas-Román, Elizabeth**, 2009: The Population Bomb is Back – with a Global Warming Twist. In: *Women in Action*. 2009 (2), 70-78.
- Harvey, David**, 2001. *Population, Resources, and the Ideology of Science*. In: Harvey, David (Hg.): *Spaces of Capital. Towards a Critical Geography*. Edinburgh, 38-67.
- Heitzmann, Daniela**, 2017. *Fortpflanzung und Geschlecht. Zur Konstruktion und Kategorisierung der generativen Praxis*. Bielefeld.
- Hendrixson, Anne/Hartmann, Betsy**, 2019: Threats and Burdens. Challenging Scarcity-driven Narratives of „Over-population“. In: *Geoforum*. 101 (1), 250-259.
- Hummel, Diana**, 2000: *Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht*. Opladen.
- Hunt, Elle**, 2019: BirthStrikers. Meet the Women Who Refuse to Have Children until Climate Change Ends. *The Guardian*, 12.3.2019. Internet: www.theguardian.com/lifeandstyle/2019/mar/12/birthstrikers-meet-the-women-who-refuse-to-have-children-until-climate-change-ends (19.4.2020).
- IPCC** (Intergovernmental Panel on Climate Change), 2014: *Climate Change Synthesis Report*. Internet: www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/AR5_SYR_FINAL_SPM.pdf (13.3.20).
- Marguier, Alexander**, 2016: *Fluchtursachen. Weniger Geburten für weniger Radikalisierung*. Cicero, 27.12.2016. Internet: cicero.de/aussenpolitik/fluchtursachen-Weniger-geburten-fuer-weniger-radikalisierung (19.4.2020).
- McCann, Carole R.**, 2017: *Figuring the Population Bomb*. Seattle.
- Meadows, Dennis/Meadows, Donella/Zahn, Erich/Milling, Peter**, 1972: *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart.
- Müller, Tazio**, 2016: Stichwort Klimagerechtigkeit. *degrowth info*, 27.6.2016. Internet: www.de-growth.info/wp-content/uploads/2016/06/DIB_Klimagerechtigkeit_02.pdf (23.4.2020).
- Müller-Jung, Joachim**, 2018: Ein Tabu brechen. Das schnelle Bevölkerungswachstum ist einer der großen Antriebe für den Klimawandel. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.9.2018. Internet: www.faz.net/aktuell/politik/mit-bevoelkerungspolitik-den-klimawandel-stoppen-15788619.html (9.5.2020).
- Murphy, Michelle**, 2017: *The Economization of Life*. Durham.
- Ojeda, Diana/Sasser, Jade S./Lunstrum, Elizabeth**, 2019: Malthus's Specter and the Anthropocene. In: *Gender, Place & Culture*. 27 (3), 316-332.

Peters, Lisa/Pilon, Marlies, 2020: Op pad met de racende dokters die een heel land van anticonceptie willen voorzien. De Correspondent, 6.3.2020. Internet: [decorrespondent.nl/11005/op-pad-met-de-racende-dokters-die-een-heel-land-van-anticonceptie-willen-voorzien/671552249335-0e34c9e8](https://www.decorrespondent.nl/11005/op-pad-met-de-racende-dokters-die-een-heel-land-van-anticonceptie-willen-voorzien/671552249335-0e34c9e8) (19.4.2020).

Population Matters, 2019: Are We Getting Through? 29.5.2019, Internet: [populationmatters.org/news/2019/05/29/are-we-getting-through](https://www.populationmatters.org/news/2019/05/29/are-we-getting-through) (15.06.2020).

Posener, Alan, 2019: Klimawandel: Warum lässt die AfD dieses Thema liegen? Die Welt, 23.7.2019. Internet: www.welt.de/debatte/kommentare/article197303269/Klimawandel-Warum-laesst-die-AfD-dieses-Thema-liegen.html (19.4.2020).

Quarks, 2019: Wie klimaschädlich sind Kinder wirklich? Internet: www.quarks.de/umwelt/klimawandel/wie-klimaschaedlich-sind-kinder-wirklich/ (29.5.2019).

Ripple, William J./Wolf, Christopher/Newsome, Thomas/Galetti, Mauro/Alamgir, Mohammed/Crist, Eileen/Mahmoud, Mahmoud/Laurance, William, 2017: Worlds Scientists' Warning to Humanity. A Second Notice. In: Bioscience. 67 (12), 1026-1028.

Ross, Loretta J., 2017: Reproductive Justice as Intersectional Feminist Activism. In: Souls. 19 (3), 286-314.

Schultz, Susanne, 2006: Hegemonie, Gouvernementalität, Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik. Münster.

Schultz, Susanne, 2015: Reproducing the Nation: The New German Population Policy and the Concept of Demographization. In: Distinktion. Scandinavian Journal of Social Theory. 16 (3), 337-361.

Schultz, Susanne, 2019a: Bevölkerungspolitische Querfront. In: Gen-ethischer Informationsdienst 251. Internet: www.gen-ethisches-netzwerk.de/selbstbestimmungskritik/251/bevoelkerungspolitische-querfront (13.3.20).

Schultz, Susanne, 2019b: Demographic Futurity: How Statistical Assumption Politics Shape Immigration Policy Rationales in Germany. In: Environment and Planning D. 37 (4), 644-662.

Smith, Stephen, 2018: Nach Europa: Das junge Afrika auf dem Weg zum alten Kontinent. Berlin.

Stöcker, Christian, 2019: Bevölkerungsexplosion fällt aus. In: Der Spiegel, 23.6.2019. Internet: www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klimakrise-die-bevoelkerungsexplosion-faellt-aus-a-1273492.html (13.3.20).

Stöhr, Mark, 2009: Kein Platz für Menschen. In: Der Freitag, 25.4.2019. Internet: www.freitag.de/autoren/mark-stoehr/kein-platz-fur-menschen (13.3.2020).

UNFPA (United Nations Fund for Population Activities), 2016: Climate Change. Online, 10.10.2016. Internet: www.unfpa.org/climate-change (13.3.2020).

Wilson, Kalpana, 2017: Re-centring „Race“ in Development: Population Policies and Global Capital Accumulation in the Era of the SDGs. In: Globalizations. 14 (3), 432-449.

Wynes, Seth/Nicholas, Kimberley, 2017: The Climate Mitigation Gap: Education and Government Recommendations Miss the Most Effective Individual Actions. In: Environmental Research Letters. 12 (7), 1-10.

Zeit online, 2019: Schalke-Chef verstört mit rassistischer Äußerung, 2.8.2019. Internet: www.zeit.de/sport/2019-08/clemens-toennies-tag-des-handwerks-klimawandel-rassismus (15.6.2020).